

**II-3180 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
dcs Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1607 IJ

1988-02-22

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Helga Rabl - Stadler
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend den Grundsatz der freien Wahl des Transportmittels
im Rahmen der Gestaltung des Verkehrsmarktes

Mit Überraschung und Bestürzung mußte die vom Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr anlässlich der Präsentation des Entwurfes des österreichischen Gesamtverkehrskonzeptes kundgetane Äußerung zur Kenntnis genommen werden, wonach vom Grundsatz der freien Wahl des Verkehrsmittels künftig Abstand genommen werden soll und an eine zwangswise Umleitung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene gedacht ist.

Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr begründet die geplanten dirigistischen Maßnahmen hauptsächlich mit der gewünschten Verbesserung der Umweltverhältnisse. Diese Begründung ist als vordergründig populistisch und irreführend für die Bevölkerung zu bezeichnen.

- () Es wird verschwiegen, daß einem Bahnstreckennetz von rund 6.000 km ein Straßennetz von über 200.000 km gegenübersteht, d.h., daß nur ein geringer Teil des Gesamtgüteraufkommens überhaupt verlagerungsfähig ist.
- () Die Behauptung, daß bis zum Jahre 1992 über 50 % des Transitverkehrs durch Österreich auf die Schiene verlagert werden könnte, wird wider besseren Wissens aufgestellt. Sowohl von der Infrastruktur her als auch vom Vorhandensein des rollenden Materials sind in den nächsten Jahren nur geringfügige Leistungssteigerungen zu erwarten.

- 2 -

(1) Die ÖBB sind derzeit nicht einmal in der Lage, die bestehenden Wünsche auf Verlagerungen von Seiten der Straßenverkehrstransportunternehmer zu erfüllen. So tritt z.B. am 1. Februar 1988 das Nachtfahrverbot über das sogenannte "kleine deutsche Eck" in Kraft. Verkehrsminister Lacina hat seinerzeit in Verhandlungen mit Staatsminister Jaumann auf eine Umleitung des nächtlichen LKW-Verkehrs auf das sogenannte "große deutsche Eck" über Rosenheim - Kufstein verzichtet, weil die ÖBB in der Lage seien, auf der sogenannten "rollenden Landstraße Wels-Wörgl" diesen Verkehr zu übernehmen. Tatsächlich sind die ÖBB nicht in der Lage, ab 1. Februar 1988 diesen Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Als weiteres Beispiel sei angeführt, daß die ÖBB nicht in der Lage sind, wie von Salzburger Speditionen konkret gefordert, einen kombinierten Verkehr zwischen Ljubljana und Salzburg einzurichten, obwohl hiefür ein Bedürfnis bestünde. Dies diene als Beispiel dafür, daß die ÖBB nicht einmal dort in der Lage sind, zusätzliche Verkehre aufzunehmen, wo sie von der Straßenverkehrswirtschaft und von der Verladerschaft akzeptiert würden.

Dirigismus und Zwangsumleitungen von Güterströmen heißt Einführung der Planwirtschaft in einem wichtigen Teilbereich der Gesamtwirtschaft. Dies würde gravierende Folgen nach sich ziehen.

(1) International würde sich die österreichische Verkehrspolitik von jener der übrigen europäischen Staaten, insbesondere der EG-Staaten abkoppeln. Bekanntlich will die EG bis 1992 u.a. auch den Verkehrsmarkt harmonisieren und liberalisieren. Dies bedeutet vor allem einen Verzicht auf quantitative Marktzugangsbeschränkungen und Zwangsmaßnahmen auf dem Transportsektor.

- 3 -

- (1) Die Planwirtschaft führt bekanntermaßen zu einer permanenten Unterversorgung der Bevölkerung. Dies gilt auch für die Planwirtschaft auf dem Verkehrssektor.
- (2) Transportmonopole für die Eisenbahn sind völlig ungeeignet, die Qualität dieses Verkehrsträgers zu erhöhen. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß der Ansporn zur Erhöhung der quantitativen und qualitativen Leistungsfähigkeit der Bahn nicht mehr gegeben ist, weil die Beladung durch staatliche Maßnahmen gesichert erscheint.

Die Unterzeichneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Nehmen Sie in Kauf, daß durch die Zwangsumleitungen von Transporten von der Straße auf die Schiene die Integrationsbestrebungen Österreichs zur EG ernstlich in Frage gestellt werden?
2. Ist Ihnen bewußt, daß durch die Aufhebung des freien Wettbewerbes auf dem Verkehrsmarkt hunderte Existenzen freier österreichischer Transportunternehmer vernichtet werden?
3. Welche konkreten Zwangsmaßnahmen stellen Sie sich auf dem Personen- bzw. Güterverkehrssektor vor?
4. Ist Ihnen bekannt, daß die ÖBB und vor allem auch die Bahnverwaltungen der Nachbarstaaten derzeit und in der nächsten Zukunft nicht in der Lage sein werden, eine spürbare Anteilserhöhung am Gesamttransitverkehr durch Österreich zu gewährleisten?